

Katholikenrat Fulda: Guter Wille, schlechte Begründung

2. April 2026 | AWQ

Warum der Katholikenrat Fulda seinem begrüßenswerten Anliegen einen Bärendienst erweist – Gedanken zum Beitrag : „Christlicher Glaube und Extremismus sind unvereinbar“ , veröffentlicht von *ems/pm* am 31.3.26 von *osthessennews.de*

Darum geht es

Ein Blick auf die strukturelle Unbrauchbarkeit religiöser Moral: Der Katholikenrat Fulda hat recht – aber wer Menschenwürde mit der Bibel begründet, übersieht, dass aus derselben Quelle auch das Gegenteil folgen kann.

Der Katholikenrat des Bistums Fulda hat sich positioniert. Anlass war die Neugründung des hessischen Landesverbandes der AfD-Jugend. Die Botschaft ist klar: Christlicher Glaube und Extremismus schließen sich aus. Völkischer Nationalismus und Christentum seien unvereinbar. Man beruft sich auf das Gebot der Nächstenliebe, auf Frieden, Würde, Offenheit.

Die Intention ist, für sich genommen, löblich. Die Aussagen sind, für sich genommen, richtig. Und dennoch lohnt es sich, genauer hinzuschauen – nicht um guten Willen zu diskreditieren, sondern um grundlegende Fragen zu stellen: Schließen sich christlicher Glaube und Extremismus wirklich aus? Ist religiöse Begründung für moralische Aussagen eine verlässliche Grundlage? Oder zeigt gerade dieser Fall, warum sie es strukturell nicht sein kann?

Das Kernproblem: dieselbe Quelle, entgegengesetzte Schlüsse

Der Katholikenrat bezieht sich auf Matthäus 22,39: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Aber dieselbe Bibel enthält Römer 13 – die Aufforderung, der Obrigkeit zu gehorchen, da alle Macht von Gott eingesetzt sei. Diese Passage wurde über Jahrhunderte zur theologischen Legitimation von Autoritarismus genutzt, von Kaiser Konstantin bis zur Kollaboration weiter Teile der Amtskirche mit dem Nationalsozialismus.

Das ist kein Zufall, kein Missbrauch durch Böswillige, kein historischer Ausrutscher. Es ist das strukturelle Problem jeder Offenbarungsreligion als Moralbegründung: Der heilige Text ist interpretationsoffen genug, um nahezu jede gesellschaftliche Position damit zu untermauern. Nächstenliebe oder Gehorsam, Universalismus oder Volksgemeinschaft – beides lässt sich aus demselben Kanon ableiten, je nach Kontext, Epoche, politischem und natürlich in erster Linie eigenem Interesse.

Die Unbrauchbarkeit einer Moralquelle zeigt sich darin, dass sie gleichzeitig gegensätzliche Positionen legitimieren kann. Eine Ethik, aus der alles folgen kann, begründet nichts.

Geschichte als Zeugnis: Die Kirche als Erfüllungsgehilfe

Man muss nicht weit in die Vergangenheit greifen. Die Deutsche Bischofskonferenz, auf die sich der Katholikenrat wohlwollend bezieht, ist dieselbe Institution, deren Vorgängerinstitutionen 1933 das Konkordat mit dem NS-Regime schlossen. Die Kirche sicherte sich damit staatliche Privilegien und gab dem Regime internationales Ansehen. Bischöfe sprachen Hitlers Feldzügen Segen und Soldaten Trost. Der Militärbischof Franz Justus Rarkowski pries den Krieg als gottgewollte Bewährungsprobe. Der Massenmord an europäischen Juden fand statt, während Kirchenglocken läuteten.

Das ist keine Denunziation der Gegenwart durch die Vergangenheit. Es ist aber der Beweis, dass „christlich begründet“ keine moralische Garantie darstellt. Wenn dieselbe Institution, die heute völkischen Nationalismus für unvereinbar mit dem Evangelium erklärt, gestern unter demselben Evangelium mit jenem Nationalismus kooperierte – dann liegt das Problem nicht in den jeweiligen Vertretern, sondern in der Struktur des Arguments.

Und der Blick in die Gegenwart bestätigt das: In den USA instrumentalisiert die christliche Rechte den Glauben zur Legitimation von Einwanderungsfeindschaft, Rassismus, dem Abbau demokratischer Normen. In Polen diente die Kirche jahrelang als ideologischer Rückhalt für die nationalkonservative PiS-Regierung. In Ungarn salbte Viktor Orbán seine illiberale „illiberale Demokratie“ explizit mit dem Kreuz. In Russland segnet das Moskauer Patriarchat den Angriffskrieg gegen die Ukraine als spirituelle Mission. Das Kreuz auf dem Panzer – das ist kein historisches Relikt, das ist Gegenwart.

Das Argument der Unvereinbarkeit – und seine Grenzen

Die Deutsche Bischofskonferenz erklärte im Februar 2024: „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar.“ Das klingt nach einer klaren moralischen Grenzziehung. Aber wer entscheidet das? Auf welcher Grundlage? Mit welcher Verbindlichkeit?

Die Antwort der Kirche lautet: auf Grundlage der Schrift und der Tradition. Aber eben diese Schrift und Tradition wurden, wie gezeigt, in entgegengesetzter Richtung ausgelegt – nicht von Irren am Rand, sondern von Kardinälen, Bischöfen, Päpsten. Die Erklärung von 2024 setzt eine Deutungshoheit voraus, die die Institution selbst durch ihre Geschichte diskreditiert hat. Sie sagt im Grunde: Diesmal deuten wir richtig. Früher lagen wir falsch. Glaubt uns.

Das ist kein festes Fundament für Moral. Es ist ein kontingentes, zeitgebundenes Interpretationsurteil – gekleidet in die Sprache des Ewigen.

Was der Katholikenrat sagt – und wie man es besser begründet

Halten wir fest: Die inhaltlichen Aussagen des Katholikenrats sind richtig. Hass, Ausgrenzung, Menschenfeindlichkeit sind abzulehnen. Die Würde jedes Menschen ist zu schützen. Brücken statt Mauern – ja. Die Frage ist nur: warum? Und für wen gilt das?

Eine humanistische Begründung braucht keine Offenbarung. Sie braucht keine Bibel, keinen Gott, keine Institution. Sie setzt an beim Menschen selbst – und ist gerade deshalb universell belastbar.

Erstens: Menschenwürde als vernunftbasiertes Prinzip. Kant formulierte es als kategorischen Imperativ: Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie allgemeines Gesetz werde. Ausgrenzung aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe ist mit diesem Prinzip unvereinbar – nicht weil sich Fragmente aus Bibelstellen so interpretieren lassen, sondern weil es einer Verallgemeinerung nicht standhält. Kein Mensch würde wollen, dass willkürliche Merkmale über seine gesellschaftliche Teilhabe entscheiden. Das gilt für jeden Menschen, unabhängig vom Glauben.

Zweitens: Empathie als evolutionäres und rationales Fundament. Die Fähigkeit, sich in andere hineinzusetzen, ist keine religiöse Gabe. Sie ist eine menschliche Grundfähigkeit, die sich evolutionär entwickelt hat und die durch Vernunft ausgedehnt werden kann – von der unmittelbaren Familie auf Fremde, auf künftige Generationen, auf die Menschheit als Ganzes. Der Schmerz eines anderen Menschen hat denselben Wert wie mein eigener. Das ist keine Glaubenssache. Das ist eine Konsequenz aus dem Versuch, konsistent zu denken.

Drittens: Demokratische Moral als gesellschaftlicher Vertrag. Jede offene, pluralistische Gesellschaft gründet auf dem Konsens, dass niemand aufgrund unveränderlicher Merkmale diskriminiert wird. Dieser Konsens ist nicht gottgegeben – er ist erkämpft, formuliert, verfasst. Er gilt für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig ihrer Religion. Eine säkulare Begründung für Demokratie und Menschenrechte ist deshalb inklusiver als eine religiöse: Sie schließt niemanden aus, der anderen Glaubens ist oder frei davon.

Religiöse Moral gilt für Gläubige einer bestimmten Tradition. Humanistische Moral gilt für alle Menschen – gerade weil sie vom Menschen ausgeht, nicht von einer partikular-theologischen angeblichen Offenbarung.

Der „Guten Sache“ einen Bärendienst erwiesen

Es wäre unfair, diesen Text als Angriff auf *Menschen guten Willens* zu lesen. Der Katholikenrat Fulda verteidigt etwas Richtiges. Das ist anzuerkennen.

Aber gerade deshalb stellt sich die Frage:

Erweist der Katholikenrat der guten Sache nicht einen Bärendienst, weil seine Botschaft stärker,

klarer, widerstandsfähiger und überzeugender wäre, wenn sie nicht auf biblisch-christliche Mythologie gestützt würde, sondern auf Argumente, die auch für Nichtchristen, Muslime, Glaubensfreie, Agnostiker, also unabhängig von religiösem Bekenntnis oder Weltanschauung eingefordert werden können?

Die Würde des Menschen braucht keine göttliche Beglaubigung. Sie ergibt sich aus dem, was Menschen einander schulden: Anerkennung, Fairness, den Verzicht auf willkürliche Herrschaft. Diese Begründung ist stabiler als jede Heilige Schrift, weil sie nicht interpretiert werden muss. Sie erfordert nur, dass man konsequent denkt.

Wenn Kirchen und Glaubensgemeinschaften im demokratischen Diskurs für Würde und gegen Hass eintreten, ist das von der Sache her willkommen. Aber in einer pluralistischen Gesellschaft reicht die Partikularbegründung durch Glauben nicht aus – und angesichts der Geschichte sollte sie niemanden beruhigen.

Was zählt, sind die Werte selbst: Universell einforderbar, vernünftig begründbar und unabhängig von quasi beliebig interpretierbarem Götterglauben.

KI

Text mit KI bearbeitet

Quelle: <https://www.awq.de/2026/04/katholikenrat-fulda-guter-wille-schlechte-begrueendung/>